



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

t: 3173127, f: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at

PRESSEKONFERENZ VOM 27.12.2007

PRESSEUNTERLAGEN

AKTUELLE MEINUNGSBILDER IN ÖSTERREICH

- * *EU-Parlamentswahl 2009: Kenntnis, Teilnahme und Auswirkungen*
- * *Zufriedenheit mit der großen Koalition*
- * *Asyl- und Integrationspolitik: Was wollen die ÖsterreicherInnen?*
- * *Vertrauen in Institutionen in Österreich*

Referenten:

Mag. Marc BITTNER

(Geschäftsführer der SWS)

Dkfm. Dr. Heinz KIENZL

(Obmann der SWS)

Dir. Herbert SKARKE

(Obmann-Stv. der SWS)

Zeit: Donnerstag, 27. Dezember 2007, 10.00 Uhr

Ort: *Café Griensteidl* (Karl Kraus-Saal), 1010 Wien, Michaelerplatz 2

Diese Presseunterlagen stehen ab dem 27.12.2007 unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung

Ankündigungen aktueller SWS-Pressekonferenzen finden Sie auch unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/pressekonferenz.php>

Hintergrund:

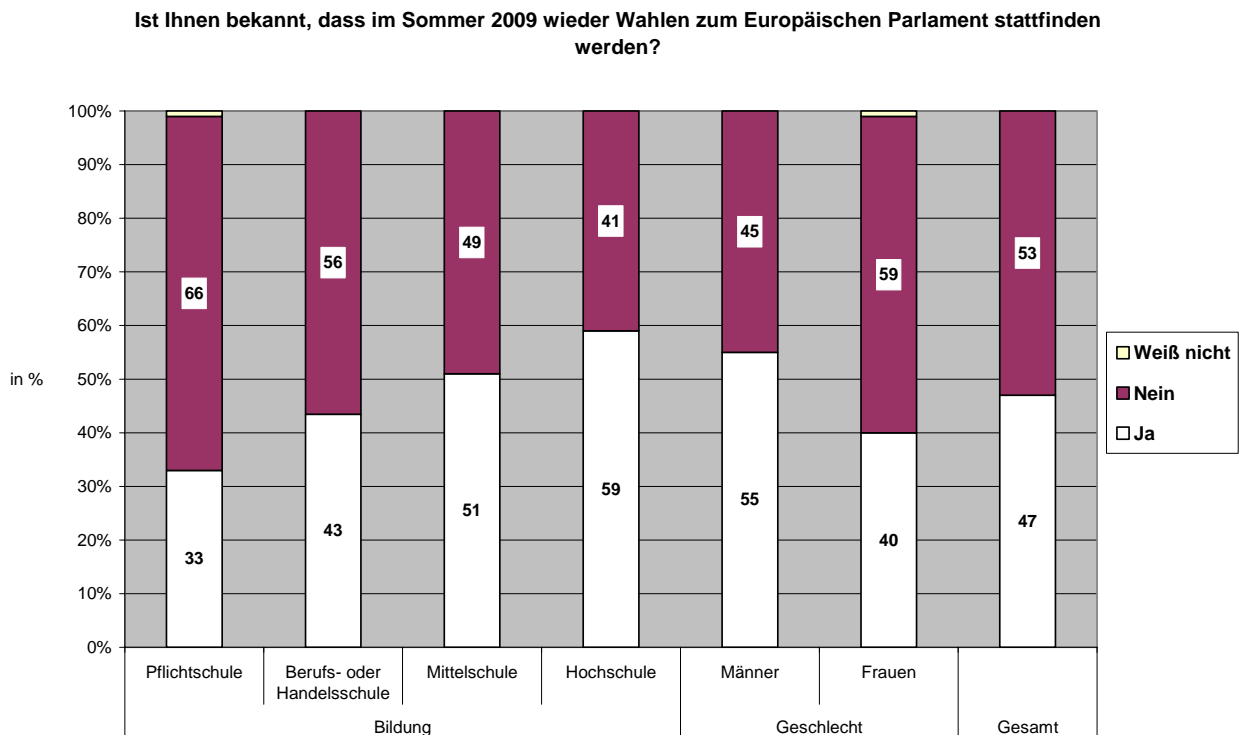
Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte – mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) - im Zeitraum November-Dezember 2007 eine für Österreich repräsentative Telefonbefragung zu mehreren Themenbereichen unter knapp 1.000 Befragten durch (SWS-Telefonumfrage 176). Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen vor allem auf diesem Datenmaterial. Ergänzt wird das präsentierte Material durch erste Ergebnisse des von der SWS initiierten, vom Zukunftsfonds der Republik Österreich geförderten, auf drei Jahre angelegten „Demokratie- und Toleranzmonitorings“ sowie durch Vergleichsdaten aus 2003, 2004, 2005 und 2007.

Mag. Marc Bittner

EU-Parlamentswahl 2009: Kenntnis, Teilnahme und Auswirkungen

Etwas mehr als die Hälfte der befragten ÖsterreicherInnen gibt an, nicht zu wissen, dass im Sommer 2009 wieder Wahlen zum europäischen Parlament stattfinden werden (vgl. Grafik 1). Männer scheinen diesbezüglich etwas besser informiert zu sein als Frauen. Die vorliegenden Ergebnisse bestätigen zudem, dass mit einem höheren Bildungsniveau auch ein stärkeres Interesse für politische Thematiken einhergeht.

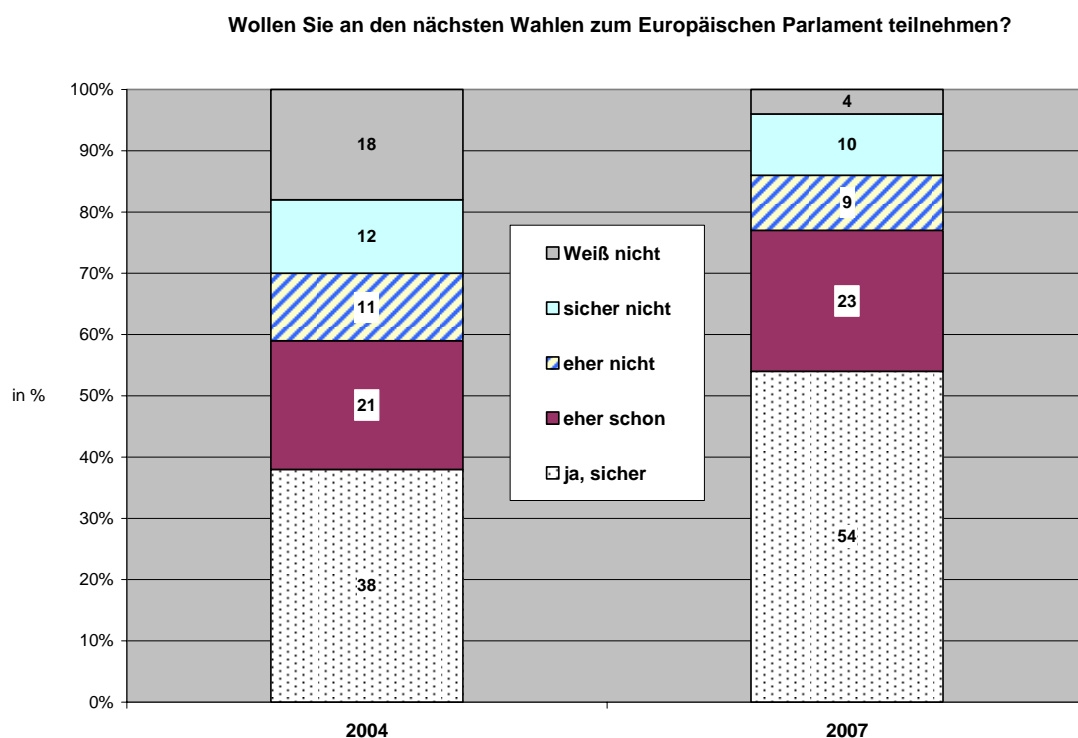
Grafik 1:



Quelle: SWS-Telefonumfrage 176

Im Rahmen der aktuellen Umfrage wurde auch erhoben, ob die Österreicherinnen an diesen Wahlen zum Europäischen Parlament teilnehmen wollen – bei der Analyse der Ergebnisse können aber auch Vergleiche zu einer SWS-Umfrage knapp vor den letzten EU-Wahlen im Jahr 2004 herangezogen werden (Grafik 2): Klar zu erkennen ist, dass zum aktuellen Zeitpunkt mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen angeben, an diesen Wahlen teilnehmen zu wollen, während vor drei Jahren (und nur ca. einen Monat) vor dem damaligen Wahlgang lediglich 38% (ein Wert, der nur knapp unter der tatsächlichen Wahlbeteiligung von ca. 42% lag) eine solche Absicht konstatierten. Der Anteil derjenigen, die meinten „sie wissen es nicht“ war dagegen 2004 mit 18% doch weit höher als war 2007. Eine mögliche Erklärung für dieses Phänomen ist aus unserer Sicht, dass bei einer Befragung weit vor dem tatsächlichen Wahltag die Absicht der Ausübung der demokratischen Pflicht des Wählens überwiegt, während knapp vor Wahlterminen aufgrund der oft sehr verunsichernden und überfordernden Wahlkämpfe die Sinnhaftigkeit von Wahlen stärker hinterfragt wird. Dies gilt wohl umso mehr für Wahlen auf europäischer Ebene, die für viele „weit weg“ sind und somit (fälschlicherweise) weniger persönliche Relevanz zu haben scheinen als nationale Wahlgänge.

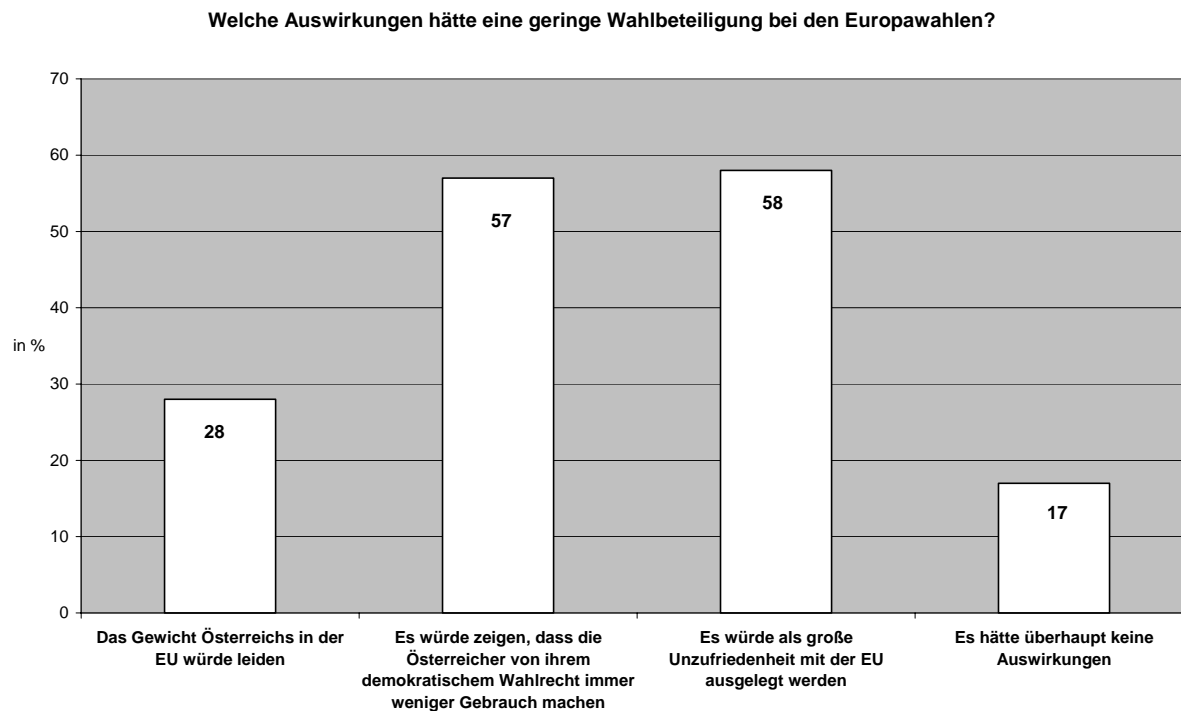
Grafik 2:



Quellen: SWS-Telefonumfragen 151 (2004), 176 (2007)

Eine wiederum geringe Wahlbeteiligung vorausgesetzt wurde auch nach Auswirkungen dieses Phänomens gefragt (vgl. Grafik 3): Es zeigte sich, dass jeweils knapp unter 60% der ÖsterreicherInnen meinen, dass dies einerseits ein Anzeichen für eine prinzipielle Demokratiemüdigkeit, andererseits auch als Ausdruck der Unzufriedenheit mit der EU ausgelegt werden kann. Nur etwas mehr als ein Viertel gibt an, dass durch eine niedrige Wahlbeteiligung Österreichs Gewicht in der EU leiden würde; 17% der Befragten sprechen von gar keinen Auswirkungen.

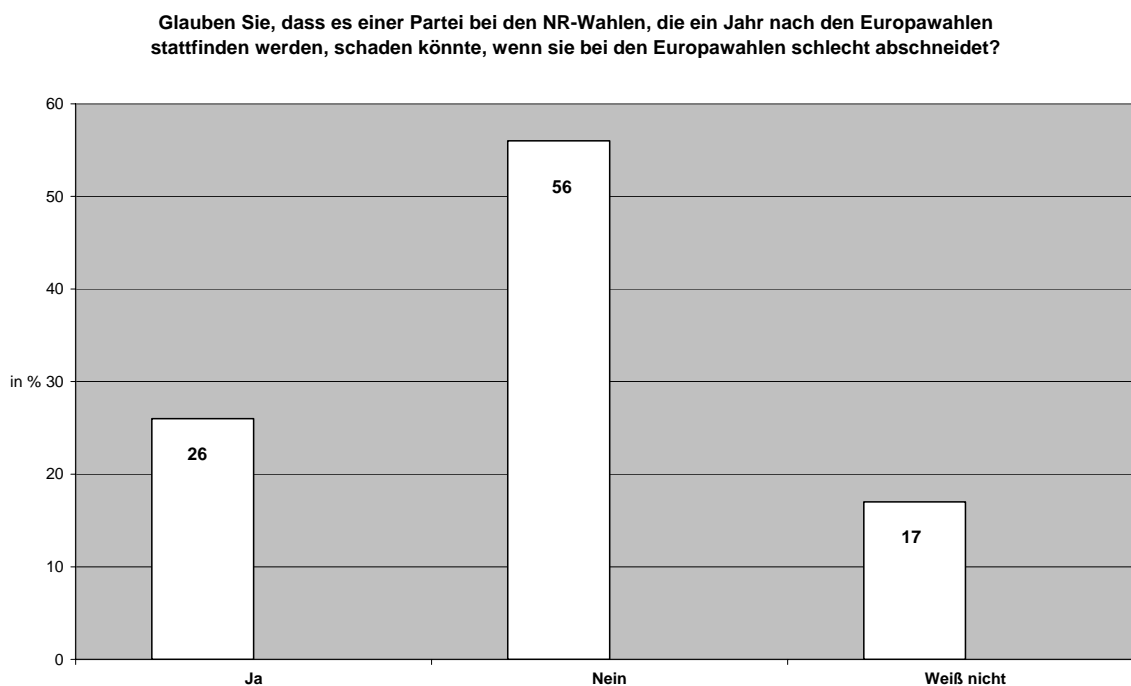
Grafik 3:



Quelle: SWS-Telefonumfrage 176

Ein schlechtes Abschneiden bei der Europawahlen wird nur von ca. einem Viertel der ÖsterreicherInnen als möglicher Schaden für die politischen Parteien bei darauf folgenden Nationalratswahlen erachtet (Grafik 4); fast 60% sehen hier keinen Zusammenhang zwischen europäischen und nationalen Wahlgängen. Am ehesten können sich AnhängerInnen von FPÖ und BZÖ einen solchen Zusammenhang vorstellen.

Grafik 4:



Quelle: SWS-Telefonumfrage 176

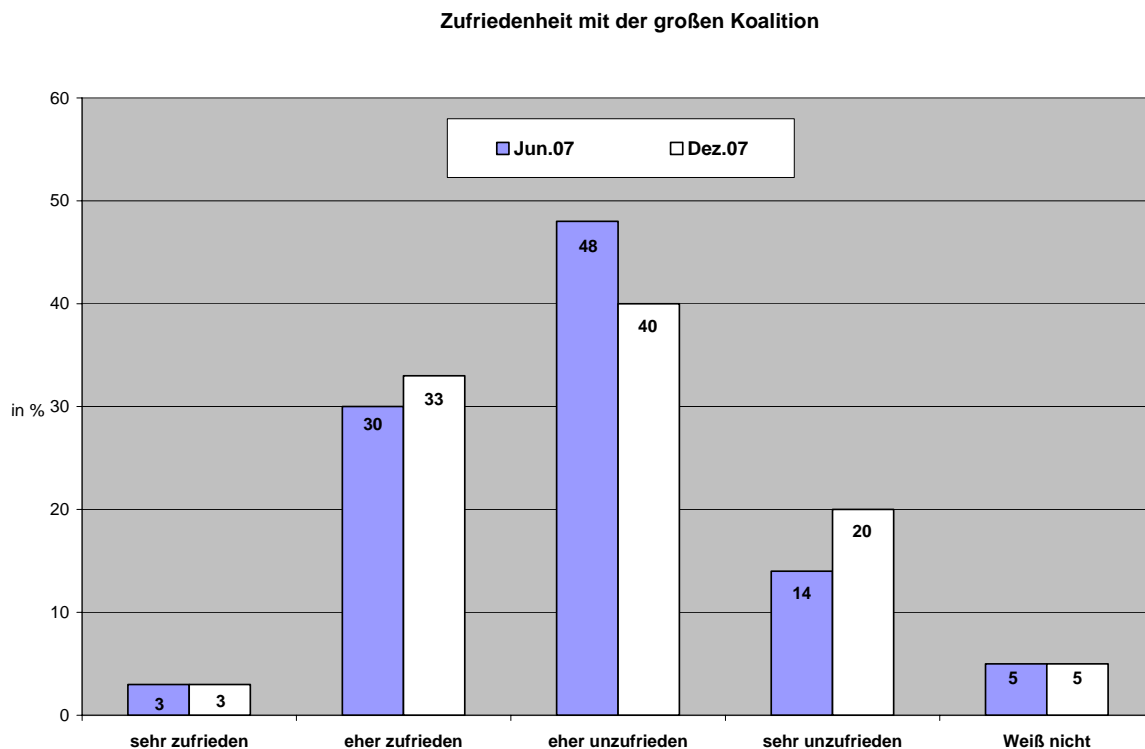
Zufriedenheit mit der großen Koalition

Wie wird die große Koalition von den ÖsterreicherInnen bewertet – zeigen diese sich zufrieden oder eher unzufrieden? Auch dazu liegen Vergleichsdaten der SWS, und zwar von Juni 2007 vor – Veränderungen im letzten halben Jahr können somit aufgezeigt werden (vgl. Grafik 5):

Wenig Veränderungen zeigen sich im positiven Bereich: Wie vor einem halben Jahr zeigen sich lediglich 3% der Befragten mit der großen Koalition zufrieden, 35% „eher zufrieden“ (im Juni 30%). Deutlichere Verschiebungen gibt es bei den „Unzufriedenen“: hier hat der Anteil jener, die „sehr unzufrieden“ sind, doch deutlich zugenommen.

Insgesamt überwiegt jedenfalls eindeutig weiterhin die Unzufriedenheit mit der großen Koalition, und dies (angesichts der Vielzahl von inhaltlichen Differenzen – Stichworte: „Zuwanderung“ oder Pflege“) mit zunehmender Tendenz.

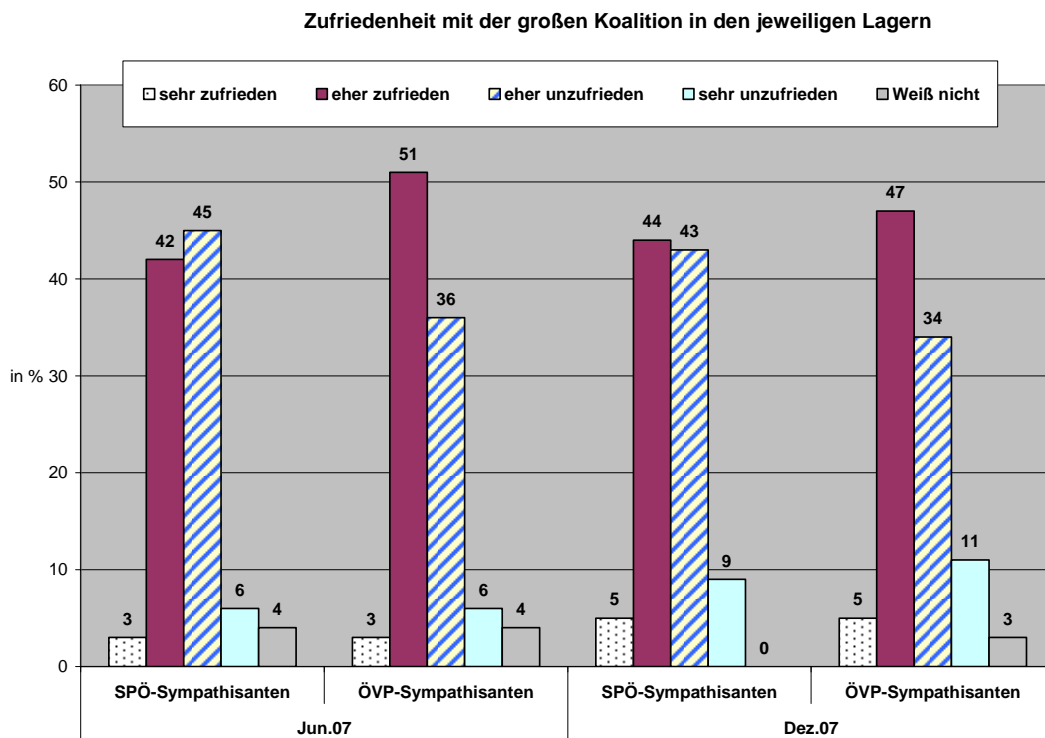
Grafik 5:



Quellen: SWS-FB 374 (Juni 2007), SWS-Telefonumfrage 176 (Dezember 2007)

Wie äußert sich die Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit nun in den Lagern der Koalitionspartner? Bei den AnhängerInnen der SPÖ zeigen sich nur marginale Verschiebungen im letzten halben Jahr, während bei der ÖVP stärkere Veränderungen sichtbar werden (vgl. Grafik 6): ÖVP-AnhängerInnen zeigen sich zunehmend unzufrieden mit der Koalitionsregierung, wenngleich im Lager der ÖVP der Anteil der Zufriedenen immer noch höher liegt als im Lager der SPÖ – offensichtlich hat man im ÖVP-Lager etwas stärker das Gefühl, die eigenen Positionen in der Regierungsarbeit besser durchzubringen.

Grafik 6:



Quellen: SWS-FB 374 (Juni 2007), SWS-Telefonumfrage 176 (Dezember 2007)

Asyl- und Integrationspolitik: Was wollen die ÖsterreicherInnen?

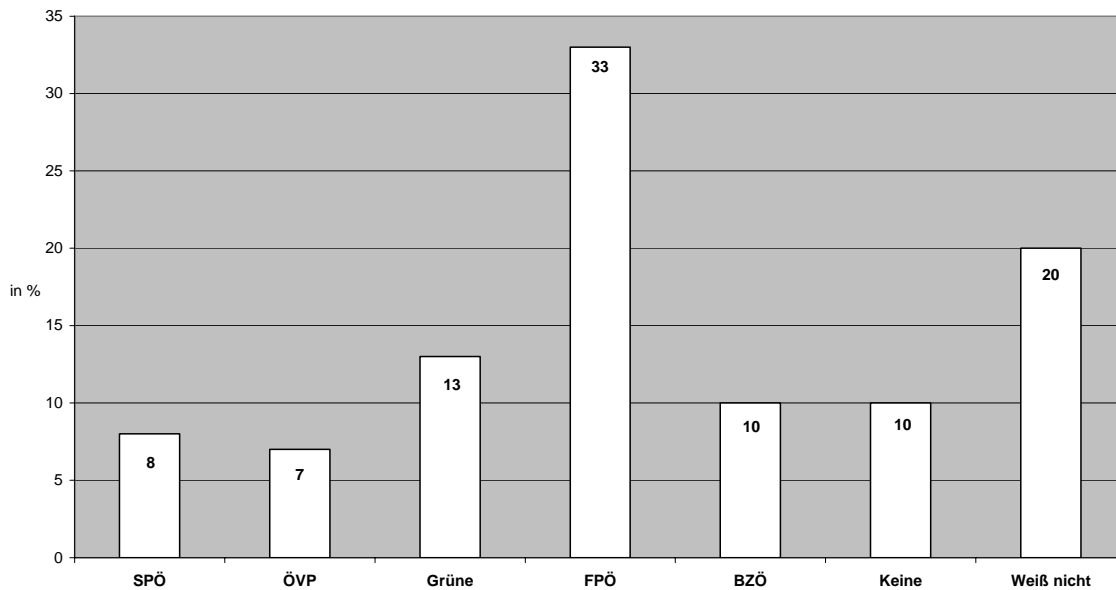
Nicht zuletzt durch den Fall „Arigona Zogaj“ ausgelöst, kam es in den letzten Wochen zu heftigen Debatten um die österreichische Asyl- und Integrationspolitik.

Die SWS fragte daher die ÖsterreicherInnen, welche Partei am ehesten daraus Kapital für kommende Wahlen schlagen kann (Grafik 7)?

Ein Drittel der Befragten geht davon aus, dass am ehesten die FPÖ durch die Diskussion über die Asyl- und Integrationspolitik neue Wähler gewinnen kann; 20% können dazu nichts Konkretes angeben, den anderen Parteien wird eher ein geringes Wählerstimmenpotenzial durch dieses innenpolitische Thema zuerkannt. Die auf Restriktionen im Fremdenrecht basierende politische Linie der FPÖ scheint jedenfalls nach Meinung der ÖsterreicherInnen eher zielführend zu sein als liberale Ansätze.

Grafik 7:

Welche Partei kann durch die Diskussion über die Asyl- und Integrationspolitik am ehesten bei den nächsten Wahlen neue Wähler gewinnen?

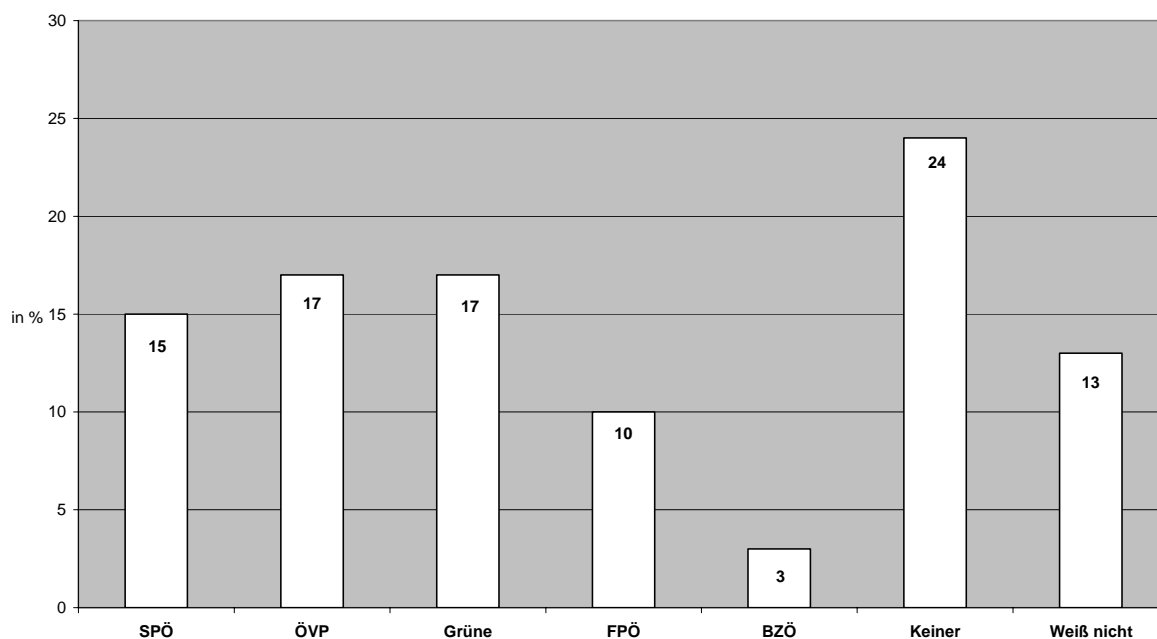


Quelle: SWS-Telefonumfrage 176

Interessant ist in diesem Zusammenhang natürlich auch, welcher Parteilinie die ÖsterreicherInnen in der Frage der Asyl- und Integrationspolitik persönlich am ehesten zustimmen (vgl. Grafik 8): Eine relative Mehrheit von 24% gibt an, keiner Parteilinie zuzustimmen, weitere 13% sind unentschieden. Wenngleich der FPÖ-Linie die meisten Chancen in Wahlkämpfen zugebilligt werden (siehe Grafik 7), stimmen aber nur 10% dieser Linie persönlich zu. Die Nennungsanteile für die Parteilinien von SPÖ, ÖVP und den Grünen liegen bei 15%-17%.

Grafik 8:

Welcher Parteilinie stimmen Sie in der Frage der Asyl- und Integrationspolitik am ehesten zu?



Quelle: SWS-Telefonumfrage 176

Die Tabelle 1 gibt Auskunft über die Zustimmung der ParteisympathisantInnen zur eigenen Parteilinie in der Asyl- und Integrationspolitik: Am stärksten identifizieren sich FPÖ-AnhängerInnen mit der Parteilinie (78%), gefolgt von den Grünen mit 69%. Die beiden Extrempositionen können somit bei ihren AnhängerInnen am meisten punkten. ÖVP-AnhängerInnen geben zu 54% an, der eigenen Parteilinie zuzustimmen, bei der SPÖ und beim BZÖ liegt der entsprechende Wert jeweils bei 51%.

Tab.1: Zustimmung der ParteisympathisantInnen zur eigenen Parteilinie in der Asyl- und Integrationspolitik	
SPÖ	51%
ÖVP	54%
Grüne	69%
FPÖ	78%
BZÖ	51%

Quelle: SWS-Telefonumfrage 176

Vertrauen in Institutionen in Österreich

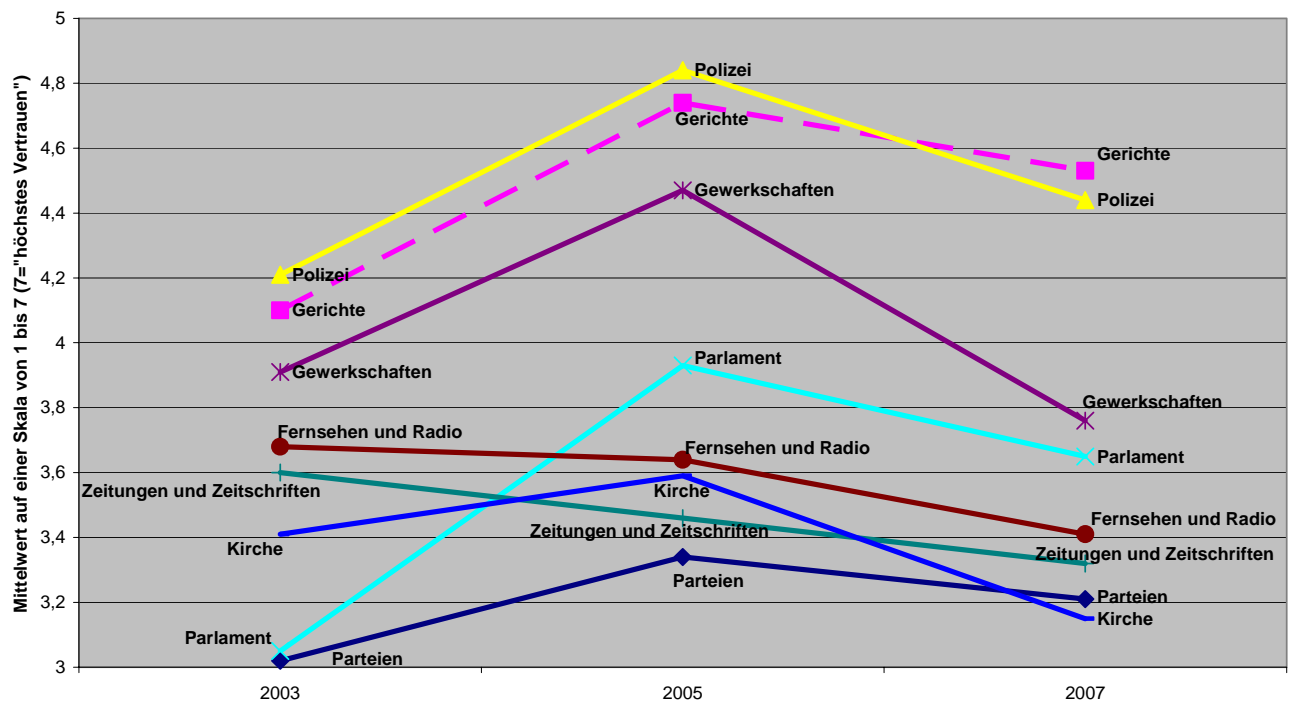
Im Rahmen des 1. Demokratie- und Toleranzmonitorings der SWS, dessen Gesamtergebnisse im Jahr 2008 veröffentlicht werden sollen, wurde u. a. auch das „Vertrauen in Institutionen“ erhoben, wozu Vergleichsdaten aus 2003 und 2005 vorliegen.

Die Ergebnisse machen deutlich, dass bezüglich aller abgefragten Institutionen (mit Ausnahme der „Medien“) im Jahr 2005 das höchste Vertrauen gemessen werden konnte und dass danach (2007) wiederum ein zum Teil deutlicher Rückgang des Vertrauens festzustellen ist (siehe Grafik 9). In den letzten beiden Jahren haben vor allem die „Gewerkschaften“ einen deutlichen Vertrauensverlust hinnehmen müssen, aber auch die Institution „Kirche“ scheint massive Probleme zu haben.

Betrachtet man die Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 7 (7=„höchstes Vertrauen“);, so sind im Jahr 2007 die am besten bewerteten Institutionen die „Gerichte“ (4,5) und die „Polizei“ (4,4) [beide konstant seit Jahren an der Spitze], mit einigem Abstand folgen die „Gewerkschaften“ (3,8) und das „Parlament“ (3,6). Die „Kirche“ (3,15) bildet das Schlusslicht, dazwischen liegen „Fernsehen und Radio“ (3,4) und „Printmedien“ (3,3) und die „Parteien“ (3,2).

Grafik 9:

Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf



Quellen: SWS-FB 354 (2003), 365 (2005), 376 (2007)